

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – 77055 Objektplanungs- mit Fachplanungsleistungen, RZ Bad Mergentheim, Klinik Taubertal
OJ S 168/2025 03/09/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: DRV Bund Einkaufsmanagement Bauleistungen

E-Mail: bauvergaben@drv-bund.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer zentralen Regierungsbehörde kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Sozialwesen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: 77055 Objektplanungs- mit Fachplanungsleistungen, RZ Bad Mergentheim, Klinik Taubertal

Beschreibung: Reha-Zentrum Bad Mergentheim, Klinik Taubertal 77055

Objektplanungsleistungen mit Fachplanungsleistungen

Kennung des Verfahrens: 3464f9aa-5bb7-4ca4-b68d-4b371b7e73c1

Interne Kennung: FV15-25-0349-10-05

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Ruhrstraße 2

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10709

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Elektronische Kommunikation: 1. Die Kommunikation im gesamten Verfahren erfolgt elektronisch über die Vergabeplattform der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV Bund). Die Vergabeunterlagen sind von der Vergabeplattform rechtzeitig vor Ablauf der Abgabefrist herunterzuladen. Anfragen sind ausschließlich an die Vergabestelle über das Bietercockpit bis zum 29.09.2025 einzureichen. Die letzte Beantwortung von Anfragen erfolgt bis sechs Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist. HINWEIS: Die Vergabeunterlagen sind ohne Anmeldung zugänglich. Der Bieter muss sich selbst fortlaufend informieren, ob neue oder aktualisierte Dateien zum Download zur Verfügung stehen. Eine Anmeldung zur Teilnahme am Vergabeverfahren ist erforderlich für Anfragen zu diesem Verfahren, Bereitstellung der Vergabeunterlagen in der Bietersoftware und Abgabe von

Angeboten (ggf. unter vorheriger Registrierung der Unternehmerdaten über die Vergabeplattform). 2. Die Kommunikation und die Abgabe von Angeboten inklusive aller Bestandteile und Nachweise sind in Deutsch abzugeben. Elektronische Angebote sind über die Vergabeplattform der DRV unter Nutzung der kostenlos bereitgestellten Bietersoftware "Al BIETERCOCKPIT" und gemäß den dortigen Bedingungen zu übermitteln. Dafür müssen sich die Bieter auf der Vergabeplattform der DRV-Bund - unter Beachtung der dort hinterlegten "Registrierungsanleitung" mit ihren Unternehmerdaten einmalig registrieren und - sich über die Bekanntmachung zur Teilnahme am Vergabeverfahren anmelden und - unter Beachtung des "Benutzerhandbuches Bietercockpit" und unter Nutzung dieser Software elektronische Angebote erstellen und absenden. Die Abgabe elektronischer Angebote kann erfolgen: - elektronisch in Textform (ohne Signatur). - elektronisch mit fortgeschrittener bzw. qualifizierter Signatur für eVergabe. 3. Form und Inhalt der Angebote: Es werden nur Angebote zugelassen, die elektronisch über die Vergabeplattform der Deutschen Rentenversicherung Bund unter Nutzung des dort abrufbaren Bietercockpits und den dort hinterlegten Nutzungsbedingungen übermittelt werden. Den vorstehenden Anforderungen nicht entsprechende Angebote sind nicht zugelassen. Sämtliche Informationen zu Form und Inhalt der Angebote sind den Vergabeunterlagen, insbesondere den Bedingungen zur Angebotsabgabe und Auftragsvergabe, den Hinweisen zur elektronischen Abgabe sowie dem Aufforderungsschreiben zu entnehmen. 4. Ortsbesichtigung Die Bieter erhalten vor Abgabe des Angebots die Gelegenheit, sich vor Ort einen Eindruck von den Gegebenheiten des Standorts zu machen. Nähere Informationen können den Vergabeunterlagen entnommen werden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Korruption: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Betrug: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Zahlungsunfähigkeit: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Es gelten die zwingenden bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB. Das Nichtvorliegen ist in der Regel durch Eigenerklärung zu belegen.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: Unzulässige Interessenwahrnehmung nach § 108f des Strafgesetzbuches (§ 123 Abs. 1 Nr. 7 GWB)

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: 77055 Objektplanungs- mit Fachplanungsleistungen, RZ Bad Mergentheim, Klinik Taubertal

Beschreibung: Gegenstand des zu vergebenden Auftrags sind Objekt- und Fachplanungsleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) für

die Sanierung und Modernisierung des Bestandes am Standort Reha-Zentrum Bad Mergentheim, Klinik Taubertal. Die Beauftragung der Leistungen ist stufenweise geplant. Die Vertragsleistung umfasst zunächst die Grundleistungen sowie teilweise Besonderen Leistungen der Leistungsphasen (LP) 1 und 2 nach HOAI für die Leistungsbilder: - Objektplanung Gebäude und Innenräume - Tragwerksplanung - Bauphysik (Wärmeschutz, Bauakustik und Raumakustik) - Freianlagenplanung. Zudem sind Grund- und Besondere Leistungen des Brandschutzes nach AHO Heft 17 für die Leistungsphasen 1 und 2 abgefragt. Der Auftraggeber kann optional mit weiteren Leistungen ganz oder teilweise beauftragt werden: - weitere Besondere Leistungen der LP 1 und 2 für die Leistungsbilder Objektplanung und Freianlagen, - Grundleistungen und Besondere Leistungen der LP 3 bis 9 für die Objektplanung, - Grund- und Besondere Leistungen der Tragwerksplanung, nach Stundenaufwand, - Grundleistungen und Besondere Leistungen der LP 3 bis 8 für die Bauphysik, - Grundleistungen der LP 3 bis 8 und Besondere Leistungen der LP 3 bis 9 für den Brandschutz, - Grundleistungen der LP 3 bis 9 und Besondere Leistungen der LP 3 bis 8 für die Freianlagenplanung. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Übertragung der optionalen Leistungen. Weitere Inhalte und Umfang zu den Leistungen ergeben sich im Einzelnen aus dem Vertrag nebst seinen Anlagen, insbesondere der Vertragsanlage "V-Anlage_01_Projekt- und Aufgabenbeschreibung" sowie der Anlage "V-Anlage-02_77055_Bepreiste Leistungsbeschreibung_Leseexemplar".
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Optional kann der Auftragnehmer mit den Leistungen gemäß "Beschreibung der Beschaffung" beauftragt werden. Bei Abruf der Optionen weitere Fristen gemäß Vertrag. Es besteht kein Rechtsanspruch auf Übertragung dieser Leistungen.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Ketterberg 2

Stadt: Bad Mergentheim

Postleitzahl: 97980

Land, Gliederung (NUTS): Main-Tauber-Kreis (DE11B)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 08/12/2025

Enddatum der Laufzeit: 26/10/2026

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, Weitere Angaben, Erklärungen und Nachweise, die der Bieter hat mit dem Angebot vorzulegen hat:

Bietergemeinschaften: Bietergemeinschaften haben eine Erklärung vorzulegen über die Bildung der Bietergemeinschaft (im Auftragsfall einer Arbeitsgemeinschaft) und die

gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder der Bietergemeinschaft. Sie benennen einen bevollmächtigten Vertreter. Im Falle einer Bietergemeinschaft oder bei Einbindung eines eignungsleihenden Unternehmens / Unterauftragnehmer von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft oder jedem eignungsleihenden Unternehmen / Unterauftragnehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bieter vorzulegen wären. Dafür sind - soweit vorgesehen - die vorgegebenen Formblätter zu verwenden. Der Bieter hat mit dem Angebot folgendes vorzulegen: a) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB, § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG, § 21 SchwarzArbG. b) Eigenerklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten c) Anerkennung der Antikorruptionsklausel der DRV Bund d) Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung: Der Bieter hat mit dem Angebot folgende Angaben, Erklärungen und Nachweise vorzulegen: Unternehmensreferenzen: Für die Eignungsprüfung hat der Bieter mit dem Angebot anhand von mindestens 2 Unternehmensreferenzen aus den letzten 10 Jahren seine Erfahrung mit Fachplanungsleistungen Technische Ausrüstung für Sanierungs-/Modernisierungsmaßnahmen von Bestandsbauten unter Berücksichtigung der nachfolgend benannten Mindeststandards nachzuweisen. Es wurden - allgemeine Mindeststandards, die mit jeder Unternehmensreferenz nachgewiesen werden müssen, - weitere Mindeststandards, die ergänzend zu den Allgemeinen Mindeststandards kumuliert über die eingereichten Referenzen nachgewiesen werden müssen und -zusätzlicher Mindeststandard, der über mindestens 1 Referenz nachgewiesen werden muss aufgestellt. Die Mindeststandards sind im Einzelnen dem Formblatt "A-5_Anforderung_Angaben_Unternehmensreferenzen_OP" den Vergabeunterlagen zu entnehmen, welches ausgefüllt nebst Referenzbeschreibungen (nach eigenem Format) vorzulegen ist. Sofern die vom Bieter benannten Unternehmensreferenzen die Mindeststandards nicht erfüllen, wird das Angebot ausgeschlossen.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung: Zugelassen werden nur Bieter, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates als Architekt bzw. Ingenieur tätig und zum Führen dieser Berufsbezeichnung berechtigt sind, ggf. ist der Nachweis nach Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen zu führen (§ 75 Abs. 1 und 2 VgV). Juristische Personen erfüllen die Voraussetzungen zur Erbringung der Leistungen und sind als Auftragnehmer zugelassen, sofern deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Leistungen der hier gegebenen Art ausgerichtet ist und sie einen verantwortlichen Berufsangehörigen im vorstehenden Sinne benennen (§ 75 Abs. 3 VgV). Hierüber ist von dem Bieter eine entsprechende Erklärung abzugeben. Des Weiteren hat der Bieter mit dem Angebot folgende Angaben, Erklärungen und Nachweise vorzulegen: Erklärung zur Berufserfahrung im Bereich der Technischen Gebäudeausrüstung: Mindeststandard projektleitende Person: Mindestens eine im Unternehmen beschäftigte Person verfügt im Bereich der Objektplanung Hochbau über - eine Berufserfahrung nach Erwerb des Ausbildungsabschlusses von mindestens 8 Jahren - hat die Funktion einer (stellv.) Projektleitung für mindestens 5 Jahren ausgeübt und - hat

Projekterfahrung mit Modernisierungsmaßnahmen in projektleitender Funktion. Mit dem Angebot ist die projektleitende Person sowie deren Qualifikation zu benennen. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, entsprechende Nachweise anzufordern.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung: Der Bieter mit dem Angebot folgende Angaben, Erklärungen und Nachweise vorzulegen: Erklärung über das jährliche Mittel der Beschäftigten in den letzten drei Geschäftsjahren. Mindeststandard Beschäftigte: Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten aus der Fachrichtung Architektur / Bauingenieurwesen (Dipl.-Ing. / Master / Bachelor) pro Jahr darf in den letzten drei Geschäftsjahren die Anzahl von 5 Personen aus der Fachrichtung Architektur / Bauingenieurwesen nicht unterschreiten.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung: Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe) bzw. andere Unternehmen als Unterauftragnehmer für die Auftragsausführung einsetzen will, muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Die Eignung dieses anderen Unternehmens ist mit dem Angebot nachzuweisen (siehe oben). Des Weiteren ist eine Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorzulegen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Im Falle einer Bietergemeinschaft oder bei Einbindung eines eignungsleihenden Unternehmens / Unterauftragnehmer von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft oder jedem eignungsleihenden Unternehmen / Unterauftragnehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bieter vorzulegen wären. Dafür sind - soweit vorgesehen - die vorgegebenen Formblätter zu verwenden.

Kriterium: Sicherheit bei der Verarbeitung, Speicherung und Übermittlung von klassifizierten Informationen

Beschreibung: Der Bieter hat mit dem Angebot folgende Erklärungen zur Auftragsausführung und Übergabe der Arbeitsergebnisse im Auftragsfall vorzulegen: Zusicherung, dass im Auftragsfall die besonderen Anforderungen des Auftraggebers "Allgemeine Hinweise und Pflichten zur Auftragsausführung" eingehalten werden und die dafür erforderliche technische Ausstattung (Geräte, Hard- und Software) zur Verfügung steht.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung: Der Bieter hat mit dem Angebot folgendes vorzulegen: Erklärung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung bei einem in der EU zugelassenen Versicherungsunternehmen entsprechend den Forderungen des Ingenieurvertrags Technische Anlagen für Personenschäden einerseits sowie für Sach- und Vermögensschäden andererseits. Mindeststandards: Für Personenschäden müssen die Deckungssummen dieser Versicherung jeweils pro Verstoß mindestens EUR 3 Mio. (2fach maximiert) betragen. Für Sach- und Vermögensschäden müssen die Deckungssummen dieser Versicherung jeweils pro Verstoß ebenfalls mindestens EUR 3 Mio. (2fach maximiert) betragen. Im Auftragsfall ist eine Berufshaftpflichtversicherung entsprechend den Forderungen des Vertrags spätestens zwei Wochen nach Vertragsschluss einzureichen.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung: Der Bieter hat mit dem Angebot folgendes vorzulegen: Erklärung über den Gesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Mindeststandards: Der nachzuweisende Umsatz der letzten 3 Geschäftsjahre darf 1,2 Mio. Euro brutto pro Jahr nicht unterschreiten.

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung: Der Bieter hat mit dem Angebot folgende Angaben, Erklärungen und Nachweise zur vorzulegen: Entweder Angaben zum Unternehmen (Name, Rechtsform, Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail-Adresse, bevollmächtigter Vertreter, Ansprechpartner) mit Erklärung der Befähigung zur Berufsausübung durch Eintragung in das Berufsregister der Bundesrepublik Deutschland bzw. vergleichbarem Register des jeweiligen Landes (§ 44 VgV) oder siehe "Eintragung in das Handelsregister"

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung: Angaben zum Unternehmen (Name, Rechtsform, Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail-Adresse, bevollmächtigter Vertreter, Ansprechpartner) mit Erklärung der Befähigung zur Berufsausübung durch Eintragung in das Handelsregister der Bundesrepublik Deutschland bzw. vergleichbarem Register des jeweiligen Landes (§ 44 VgV). Als im Handelsregister nichteingetragener bzw. ausländischer Bieter ist es gestattet, vergleichbare gleichwertige Eintragungen zu benennen; die Gleichwertigkeit ist auf Verlangen nachzuweisen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100,00

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/einkaufskoordination/NetServer/PublicationControllerServlet?function=Detail&TWOID=54321-Tender-198515de812-235d497290beb2b9&PublicationType=0>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/einkaufskoordination/NetServer/>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 13/10/2025 10:00:00 (UTC+2) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 115 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Bundeskartellamt, Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: DRV Bund Einkaufsmanagement Bauleistungen

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: DRV Bund Einkaufsmanagement Bauleistungen

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Vergabeplattform der Deutschen Rentenversicherung Bund

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: DRV Bund Einkaufsmanagement Bauleistungen

Registrierungsnummer: 992-80003DRVB2-14

Postanschrift: Ruhrstraße 2

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10704

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: bauvergaben@drv-bund.de

Telefon: +49 3086584679

Fax: +49 3086584790

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7002

Offizielle Bezeichnung: Vergabeplattform der Deutschen Rentenversicherung Bund

Registrierungsnummer: 992-80003DRVB2- 14

Postanschrift: Ruhrstr. 2

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10709

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: bauvergaben@drv-bund.de

Telefon: +49 3086584679

Internetadresse: <https://www.deutsche-rentenversicherung-bund.de/einkaufskoordination/NetServer/>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Bundeskartellamt, Vergabekammer des Bundes

Registrierungsnummer: entfällt

Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Str. 16

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 22894990

Fax: +49 2289499163

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: DRV Bund Einkaufsmanagement Bauleistungen

Registrierungsnummer: 992- 80003DRVB2-14

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10704

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: bauvergaben@drv-bund.de

Telefon: +49 3086584679

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-7006

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 61b5a239-66fe-416a-bc1d-9de82de97042 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 02/09/2025 14:52:35 (UTC+2) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 574219-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 168/2025

Datum der Veröffentlichung: 03/09/2025